



## **Die strategische Partnerschaft Afrika–Europäische Union auf dem Prüfstand**

**Dr. Claas D. Knoop**

**März 2014**

### **Zusammenfassung**

---

Die 2007 begründete „Strategische Partnerschaft“ zwischen der EU und Afrika steht bei dem am 2./3. April in Brüssel stattfindenden Gipfeltreffen auf dem Prüfstand. Vor dem Hintergrund einer Reihe von auch für Europa bedeutsamen und nachwirkenden Ereignissen in Afrika (u.a. „Arabellion“ in Tunesien, Ägypten und Libyen; Krisen in Mali, Zentralafrikanische Republik, Süd-Sudan) seit dem letzten Gipfeltreffen im libyschen Sirte (2010) stehen Fragen wie die künftige Zusammenarbeit in den Bereichen Frieden und Sicherheit/gute Regierungsführung und Menschenrechte, Migration, Infrastruktur und Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung in Afrika ganz oben auf der Tagesordnung des Gipfels. Das primäre Ziel der Strategischen Partnerschaft – einen politischen Dialog auf gleicher Ebene über zentrale Fragen der Zusammenarbeit zwischen den beiden Kontinenten zu führen – wurde bisher nur sehr begrenzt erreicht. Der Gipfel bietet daher Gelegenheit, Bilanz zu ziehen und die Weichen für die Zukunft zu stellen und Impulse für die Gestaltung der Partnerschaft in den kommenden Jahren zu geben. Im nachstehenden Beitrag wird eine kritische Bilanz der bisherigen Zusammenarbeit in Schlüsselbereichen gezogen, verbunden mit konkreten Vorschlägen zur Intensivierung /Belebung des Dialogs zwischen den Partnern.

### **Das ISPSW**

---

Das Institut für Strategie- Politik- Sicherheits- und Wirtschaftsberatung (ISPSW) ist ein privates, überparteiliches Forschungs- und Beratungsinstitut.

In einem immer komplexer werdenden internationalen Umfeld globalisierter Wirtschaftsprozesse, weltumspannender politischer, ökologischer und soziokultureller Veränderungen, die zugleich große Chancen, aber auch Risiken beinhalten, sind unternehmerische wie politische Entscheidungsträger heute mehr denn je auf den Rat hochqualifizierter Experten angewiesen.

Das ISPSW bietet verschiedene Dienstleistungen – einschließlich strategischer Analysen, Sicherheitsberatung, Executive Coaching und interkulturelles Führungstraining – an.

Die Publikationen des ISPSW umfassen ein breites Spektrum politischer, wirtschaftlicher, sicherheits- und verteidigungspolitischer Analysen sowie Themen im Bereich internationaler Beziehungen.



## ANALYSE

---

Am 2./3. April 2014 findet in Brüssel auf Ebene der Staats- und Regierungschefs das EU-Afrika-Gipfeltreffen statt. Das letzte Treffen dieser Art wurde noch unter dem Vorsitz von Ghadafi im libyschen Sirte abgehalten.

Während in Europa die Nachwirkungen der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise andauern, haben seit dem letzten Gipfel in Sirte eine Reihe von Ereignissen und Entwicklungen in Afrika die Rahmenbedingungen für die 2007 in Lissabon beschlossene strategische Partnerschaft (**Joint Africa-EU Strategy/JAES**) zwischen der EU und Afrika wesentlich verändert, was auch Auswirkungen auf die Tagesordnung und die Gespräche während des Gipfeltreffens haben dürfte:

- Ben Ali (Tunesien), Mubarak (Ägypten) und Ghadafi (Libyen) und die von ihnen repräsentierten Regime wurden durch die „Arabellion“ hinweggefegt, deren Auswirkungen bis heute andauern und deren Ausgang nach wie vor schwer einzuschätzen ist;
- Süd-Sudan wurde 2012 unabhängig und wird gegenwärtig von inneren Konflikten heimgesucht, die auf die gesamte Region am Horn von Afrika ausstrahlen, wo weiterhin bestehende Konfliktsituationen in Somalia und zwischen Äthiopien und Eritrea einer Lösung harren;
- die politisch, ökonomisch und sozial fragile Lage in der Sahel-Zone wurde durch die Mali-Intervention (u.a. Frankreich) zwar vorerst oberflächlich stabilisiert, bleibt aber nicht zuletzt wegen der andauernden Aktivitäten islamistischer Extremisten in der gesamten Region äußerst labil;
- der Bürgerkrieg in der Zentralafrikanischen Republik wirft erneut ein Schlaglicht auf die Herausforderung Nummer Eins in vielen Ländern Afrikas: wo Frieden und Sicherheit fehlen, kann es keine nachhaltige Entwicklung geben;
- in einer ganzen Reihe von afrikanischen Staaten ist ein stabiles wirtschaftliches Wachstum zu beobachten, in dessen Folge sich Wirtschaft und Gesellschaft dieser Länder schrittweise modernisieren. Neue Mittelklassen entstehen und Länder, wie beispielsweise Ghana, finden zunehmend Anschluss an das digitale Zeitalter;
- Afrika hat zunehmend die Wahl, sich seine bevorzugten strategischen Partner auszuwählen: China, Indien, Brasilien und andere Akteure sind stärker als je zuvor auf dem Kontinent aktiv. Die Partnerschaft mit Europa – so wichtig sie für Afrika auch in Zukunft bleibt – ist kein Alleinstellungsmerkmal in den globalen Beziehungen des Kontinents;
- die Afrikanische Union fühlt sich durch laufende Verfahren vor dem Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag gegen Afrikaner, z.B. Präsident Bashir (Sudan) und Präsident Kenyatta (Kenia), singularisiert und hat die Anwendung des Prinzips, dass bei schweren Verbrechen gegen die Menschlichkeit, bei Kriegsverbrechen und Völkermord niemand straffrei bleiben darf (auch keine Präsidenten im Amt!), durch eine Gipfelerklärung 2013 infrage gestellt;
- und schließlich: 2013 hat die AU und ihr Vorgänger (OAU/Organisation for African Unity) 50-jähriges Bestehen mit Jubiläumsfeierlichkeiten und der Verkündung einer „Agenda 2063“ begangen, die Afrika in Zukunft zu einem führenden Akteur im globalen Maßstab machen möchte.



Was ist vor dem Hintergrund dieser Ereignisse und Entwicklungen aus dem ehrgeizigen Plan, einen politischen Dialog zwischen der EU und Afrika auf gleicher Augenhöhe zu führen, geworden? Und wie sollen die Beziehungen künftig gestaltet werden? Diese Fragen werden ein zentrales Thema des Gipfeltreffens in Brüssel sein, das unter dem Leitmotto „Investing in People, Prosperity and Peace“ stehen soll.

Eine Bestandsaufnahme des nach gut sechs Jahren seit Bestehen der strategischen Partnerschaft Erreichten führt zu der ernüchternden Einsicht, dass die hochgesteckten Ziele des Dialogs nur zu einem Teil erreicht werden konnten. Dies soll nachstehend insbesondere am Beispiel von zwei thematischen Partnerschaften näher ausgeführt werden.

Von allen acht prioritären Aktionsfeldern im Rahmen der Strategischen Partnerschaft (Peace and Security, Democratic Governance/Human Rights and Culture, Trade and Regional Integration, Millenium Development Goals, Energy, Climate Change, Migration/Mobility and Employment, Science/Information Society and Space) haben sich der Dialog und die Kooperation im Bereich „**Frieden und Sicherheit**“ am weitesten entwickelt.

Auf afrikanischer Seite hat die Afrikanische Union mit dem Aufbau einer kontinentweiten Friedens- und Sicherheitsarchitektur („African Peace and Security Architecture/APSA“) einen wichtigen Schritt in eine friedlichere Zukunft des von zahllosen Konflikten geplagten Kontinents gewagt, der auch im internationalen Bereich durchaus beeindruckt. Allerdings: die Verwirklichung der ehrgeizigen Ziele dieses Plans, der u.a. die Aufstellung von schnellen afrikanischen Eingreiftruppen in fünf Kernregionen Afrikas in Brigadestärke vorsieht, steht weitgehend noch aus.

Andere Instrumente aus dem Werkzeugkasten der APSA, wie z.B. das kontinentale Frühwarnsystem (Ziel: Konfliktprävention) und das „Panel of the Wise“, das während, vor und nach Konflikten eine Mediatorenrolle übernehmen soll, sind bei der Lösung aktueller Krisen (z.B. in der Zentralafrikanischen Republik) bisher wenig bis gar nicht relevant geworden. Immerhin: der von der Strategischen Partnerschaft angestrebte Dialog auf politischer Ebene zwischen Afrika und der EU findet jedenfalls ansatzweise statt: der AU-Rat für Frieden und Sicherheit trifft sich regelmäßig zu Gesprächen mit dem „Peace and Security Committee“ der EU alternierend in Addis Abeba und Brüssel; die AU- und EU-Kommissionen treffen sich regelmäßig zu einem Gedankenaustausch bei dem das Thema Frieden und Sicherheit in Afrika ein Schwerpunkt ist. Die EU und ihre Mitgliedstaaten unterstützen massiv finanziell (und zum Teil auch personell) AU-Friedensmissionen, z.B. in Somalia und der Zentralafrikanischen Republik. Deutschland hat sich u.a. mit der Finanzierung und dem Bau des Lagezentrums des Peace and Security Departments der AU-Kommission auf dem AU-Gelände in Addis Abeba sichtbar für den Aufbau von APSA engagiert.

Trotz positiver Entwicklungen in den letzten Jahren bleiben die Erwartungen, dass APSA der Schlüssel für eine friedliche Zukunft des Kontinents werden könnte, gedämpft. Für die Lösung von Konflikten der Art und Größenordnung wie wir sie in Nordafrika erleben (und wie sie in anderen Teilen des riesigen Kontinents in Zukunft nicht auszuschließen sind), dürfte das Instrumentarium von APSA ungeeignet sein. Die NATO-Intervention in Libyen, die letztlich zum Sturz des Ghadafi-Regimes geführt hat, war unter den AU-Mitgliedstaaten äußerst umstritten. Ein politisches Mandat der AU zur Mobilisierung einer (ausschließlich) *afrikanischen* Eingreiftruppe *auf Basis von APSA* bei Konflikten der Art wie in Libyen, wäre nach heutigem Stand wohl illusorisch.

APSA-Instrumente, wenn sie denn in Zukunft einmal operativ einsetzbar wären, dürften daher vordringlich als flankierende Maßnahmen für Friedensoperationen oder für post-Konflikt-Situationen zur Anwendung kommen (z.B. als stabilisierendes Element bei Wahlen nach einem Konflikt).



Bis auf weiteres werden Friedensmissionen in Afrika auf massive Unterstützung von dazu bereiten AU-Mitgliedstaaten und von nichtafrikanischen Partnern, wie z.B. die EU und ihre Mitgliedstaaten, angewiesen sein. Dies gilt insbesondere auch im Hinblick auf die hohen Kosten für laufende Friedensmissionen, die bisher nur zu einem geringen Teil von afrikanischen Ländern aufgebracht werden. Die Interventionen in Somalia, Mali und jüngst in der Zentralafrikanischen Republik sind deutliche Belege dafür. Der Weg zum erklärten AU-Ziel, „afrikanische Lösungen für afrikanische Probleme“ zu finden, bleibt auch in absehbarer Zukunft schwierig und sein Erfolg nicht zuletzt abhängig von der Bereitschaft afrikanischer Staaten, selbst personell und finanziell Verantwortung für die Lösung von Konflikten zu übernehmen.

Der Erfolg wird nicht zuletzt auch von einer überfälligen Reform des UN-Sicherheitsrats abhängen: obwohl rund 75 % der UN-mandatierten Friedensoperationen in Afrika stattfinden, hat Afrika bisher keinen ständigen Sitz im Sicherheitsrat – ein weiterer Beleg für die inzwischen anachronistische Zusammensetzung dieses für den Weltfrieden verantwortlichen Gremiums der Vereinten Nationen im 21. Jahrhundert.

Komplementär zu APSA hat die AU die „**African Governance Architecture/AGA**“ auf die afrikanische Tagesordnung gesetzt, die im Kern auf der 2012 in Kraft getretenen „Charter on Democracy, Elections and Governance“ beruht. AGA ist neben APSA ein prioritäres Aktionsfeld der strategischen Partnerschaft, auf dem ein politischer Dialog stattfinden sollte. An Themen dafür herrscht wahrhaft kein Mangel: Beachtung und Wahrung der Menschenrechte (in Afrika und Europa!); Medienfreiheit; Versammlungsfreiheit; faire, freie und geheime Wahlen/Wahlbeobachtung; Bekämpfung von Rassismus; Kampf gegen Korruption; transparente und legitimierte Ausbeutung von Ressourcen und Verwendung der daraus erzielten Erlöse – um nur einige Themen zu nennen – die für einen politischen Dialog zur Debatte stehen könnten.

In der Partnerschaft „**Democratic Governance, Human Rights, Cultural Relations/DGHR**“ nehmen Deutschland und Portugal auf europäischer Seite und Ägypten sowie Nigeria seitens Afrika den Ko-Vorsitz wahr, wobei Nigeria allerdings bisher nicht aktiv teilgenommen hat. Seit 2010 haben zu den genannten Themen eine Reihe von gemeinsamen Expertentreffen stattgefunden, von denen u.a. zahlreiche Handlungsempfehlungen erarbeitet wurden. Die vorangehenden Abstimmungen zur Organisation dieser Expertentreffen waren teilweise extrem zeitaufwändig und mühsam, was zu mehrmaligen Verschiebungen führte. Es ist festzustellen, dass die europäische Seite dabei häufig die treibende Kraft bei der Organisation solcher Veranstaltungen ist. Es mangelt noch an Engagement („ownership“) und Dynamik auf Seiten der AU und ihrer Mitgliedstaaten. Bedauerlicherweise sind die Handlungsempfehlungen, die in der DGHR-Partnerschaft erarbeitet wurden, nicht zum Gegenstand eines AU-EU-Austausches auf politischer Ebene – z.B. auf Ministerebene, wie er ursprünglich einmal angedacht war – geworden. Damit hat ein echter politischer Dialog auf diesem zugegebenermaßen sensiblen und dornigen Feld bislang nicht stattgefunden.

Ein Gipfeltreffen alle drei Jahre und ein jährliches Treffen der beiden Kommissionen können einen nachhaltigen Dialog auf politischer Ebene nicht ersetzen. Hier muss in Zukunft nachgebessert werden, wenn die Partnerschaft in diesem für beide Seiten wichtigen Bereich Glaubwürdigkeit erreichen will.

Der bisher fehlende politische Dialog hat seine Ursachen vor allem im zu schwachen bzw. fehlenden Engagement der beteiligten Institutionen und einem Teil ihrer Mitgliedstaaten. Obwohl AU und EU über die institutionellen Voraussetzungen verfügen, partnerschaftliche Themen aus dem DGHR-Spektrum auf die *politische* Tagesordnung (z.B. für die jeweiligen Ratsformationen der Außenminister) zu setzen, ist dies in den zurückliegenden Jahren nach unserer Kenntnis nicht ein einziges Mal versucht worden (gleiches lässt sich auch für andere thematische Partnerschaften feststellen).



Um eine Partnerschaft mit Substanz und Perspektive auszufüllen, sind engagierte Institutionen ebenso wie Mitgliedstaaten („lead nations“) unverzichtbar. Die jetzigen **Arbeitsstrukturen von Ko-Vorsitzenden** beider Seiten für die acht thematischen Partnerschaften kann letztlich nur erfolgreich funktionieren, wenn sowohl die AU/EU-Institutionen *und engagierte Mitgliedstaaten* sich *gemeinsam* aktiv dafür einsetzen, den politisch gewollten Dialog nachhaltig zu fördern. Daran hat es jedenfalls in den meisten der acht thematischen Partnerschaften in der Vergangenheit deutlich gefehlt. Ausgehend von diesen Erfahrungen bleibt abzuwarten, ob die jetzigen Arbeitsstrukturen der Strategischen Partnerschaft vom Gipfel bestätigt oder ganz bzw. teilweise verändert werden.

Vor dem Hintergrund der bisherigen Erfahrungen mit der Umsetzung der strategischen Partnerschaft, spricht einiges dafür, die bisherigen acht thematischen Aktionsfelder zu bündeln und sich auf wenige zentrale Bereiche der Zusammenarbeit zu konzentrieren. Die bisherigen Überlegungen auf EU-Seite hierzu, die auch beim Gipfeltreffen erörtert werden dürften, fokussieren die künftige Kooperation auf drei Kernbereiche: Frieden und Sicherheit/gute Regierungsführung und Menschenrechte (als zwei Seiten einer Medaille), nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung und Wachstum sowie schließlich Kooperation bei globalen Themen, wie z.B. Klimapolitik. In allen drei Bereichen gibt es zwischen Afrika und Europa viel zu besprechen – und für beide Seiten viel zu gewinnen, wenn der Dialog ernsthaft gewollt, nachhaltig und konstruktiv geführt wird. Die Erwartungen hierzu sollten allerdings auch in Zukunft nicht zu ehrgeizig sein! Wer glaubt, ein politischer Dialog zwischen Afrika und der EU mit ihren insgesamt 83 Staaten über gemeinsam interessierende Themen, sei gewissermaßen jederzeit, in voller Breite und auf angemessener Ebene möglich, unterschätzt die Komplexität der Interessengegensätze und Spannungen auf beiden Seiten. Die Bereitschaft von AU-Mitgliedstaaten, sich auf einen politischen Dialog auch und gerade über sensible Themen mit der EU und ihren Mitgliedstaaten einzulassen, könnte durch das von der EU im letzten Jahr beschlossene, sogenannte Pan-Afrikanische-Programm erhöht werden. Dieses Programm ist mit rund 750 Millionen Euro Budgetmitteln für einen 7-Jahres-Zeitraum ausgestattet. Bisher wurden die Erwartungen Afrikas, dass die strategische Partnerschaft mit der EU auch *finanzielle* Anreize für die Durchführung von gemeinsam vereinbarten Projekten bereithält, häufig enttäuscht. Das Pan-Afrikanische-Programm verspricht hierzu neue Möglichkeiten, gemeinsame Projekte auch finanziell zu fördern.

*Eine Möglichkeit*, einen erfolgsorientierten politischen Dialog in Gang zu setzen, wäre deshalb, gemeinsam vereinbarte, *konkrete Projekte* aus den prioritären Aktionsfeldern, deren Durchführung vom Pan-Afrikanischen-Programm finanziell unterstützt werden könnte. Um die „African Ownership“ bei solchen Projekten deutlich zu machen, wäre ein Ko-Finanzierungsanteil der beteiligten afrikanischen Länder wünschenswert. Die *Initiative* für solche Projekte und den damit beabsichtigten Dialog könnte von den AU-/EU-Institutionen und/oder interessierten Mitgliedstaaten auf beiden Seiten ausgehen („lead nation“-Konzept). *Projektpartner auf afrikanischer Seite* könnten AU-Institutionen, Regionalorganisationen aber auch einzelne interessierte AU-Mitgliedstaaten sein (soweit das Projekt von regionaler bzw. kontinentaler Bedeutung ist). Um Überschneidungen mit anderen Geberaktivitäten (z.B. von EU-Mitgliedstaaten oder der Weltbank) zu vermeiden, müssten solche Projekte sorgfältig und nachhaltig mit der internationalen Gebergemeinschaft abgestimmt werden.

Ein *praktisches Beispiel* soll diese Überlegungen erläutern: Die „African Mining Vision“ (2009) und der nachfolgende Aktionsplan (2011) sind *die* konzeptionelle und politisch auf höchster Ebene beschlossene Grundlage für ein gutes Ressourcenmanagement für mineralische Rohstoffe in Afrika („Good Mineral Resources Governance“). Angesichts des Rohstoffreichtums der meisten afrikanischen Länder ist die Umsetzung der „African Mining Vision“ von zentraler Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung dieser AU-Mitgliedstaaten. Als wichtige Abnehmer afrikanischer Rohstoffe sind die EU und ihre Mitgliedstaaten ihrerseits höchst interessiert



an diesem Thema. Was liegt also näher, als einen (auch politischer Ebene geführten) Dialog ausgehend von gemeinsam auf Expertenebene erarbeiteten Handlungsempfehlungen zu beginnen? Solche Handlungsempfehlungen könnten z.B. auch Vorschläge für gemeinsam vereinbarte Projekte enthalten, die Modellcharakter zur Umsetzung der „African Mining Vision“ haben könnten.

So wichtig der institutionelle Dialog zwischen AU und EU auch in Zukunft für die strategische Partnerschaft bleiben wird, so wichtig wird es auch sein, den Dialog zwischen interessierten und ebenso engagierten Mitgliedstaaten auf beiden Seiten zu gemeinsam ausgewählten Themen zu führen. Denn wenn es um *konkrete* Ergebnisse des Dialogs geht, sind es schließlich die Mitgliedstaaten auf beiden Seiten, die die Hauptlast und Verantwortung für ihre Umsetzung tragen.

Ein erfolgsorientierter politischer Dialog muss auch die wichtigsten **Regionalorganisationen in Afrika** (z.B. SADC, ECOWAS, EAC) einbeziehen, was in der Vergangenheit nur ansatzweise geschehen ist. Die begrenzte Zahl von Teilnehmerstaaten und stärkere Interessenidentität bei Regionalorganisationen (im Vergleich mit der gesamten Mitgliedschaft in der AU) könnten den politischen Dialog mit der EU und interessierten Mitgliedstaaten positiv beeinflussen.

Auf *institutioneller Ebene* lag der Schwerpunkt in der Vergangenheit vor allem in der Zusammenarbeit der beiden Kommissionen in Brüssel und Addis Abeba. Zum **Thema „Menschenrechte“** führt der MR-Sonderbeauftragte der EU, Lambrinidis, einmal im Jahr einen Dialog mit Vertretern der AU-Institutionen. Das Verhältnis dieses Dialogs (der aus europäischer Sicht Teil des *globalen* MR-Dialogs der EU ist) zum MR-Dialog, der im Rahmen der strategischen Partnerschaft geführt werden soll, wurde nach unserem Eindruck bisher nicht eindeutig geklärt.

In Zukunft sollte der institutionelle Dialog zwischen EU und AU auf einer breiteren Basis erfolgen, z.B. durch

- Stärkung der Kontakte und Zusammenarbeit zwischen dem Europäischen Parlament und dem Panafrikanischen Parlament,
- stärkere Einbeziehung des AU-Gerichtshofs in Arusha, der Kommission für Menschenrechte in Banjul sowie der Sekretariate von NEPAD und dem African Peer Review Mechanism/APRM.

Die strategische Partnerschaft war im Übrigen auch von Anfang an auf eine aktive **Beteiligung der privaten Wirtschaft und der zivilgesellschaftlichen Organisationen** ausgerichtet. Auch hierzu können die zurückliegenden Jahre der Partnerschaft wenig überzeugen. Immerhin sind vor dem Gipfel in Brüssel ein „Business Forum“ mit afrikanischen und europäischen Wirtschaftsvertretern und ein Jugendforum vorgesehen.

Die Einbeziehung des privaten Sektors und der Zivilgesellschaft in Dialogforen sollte künftig zur Regel werden.

Wenn die strategische Partnerschaft zwischen Afrika und der EU in Zukunft zu einer Erfolgsgeschichte werden soll, erfordert dies nicht zuletzt von beiden Seiten einen deutlich verbesserten Koordinierungsaufwand. Die drei zentralen Handlungsebenen der Partnerschaft – AU/EU mit ihren jeweiligen Mitgliedstaaten und die Zusammenarbeit mit Regionalorganisationen müssen ihre Aktivitäten besser koordinieren und aufeinander abstimmen. Auch dafür ist ein regelmäßiger Dialog auf politischer Ebene unverzichtbar. Die EU und ihre Mitgliedstaaten sind dafür allerdings wesentlich besser aufgestellt als Afrika. So leidet z.B. die AU-Kommission seit Gründung der AU unter eklatanten Personalengpässen in den meisten Abteilungen. Die Budget-Ausstattung der AU (rund 300 Millionen US\$ für 2014) ist angesichts der Aufgaben und Herausforderungen, die an die



Organisation gestellt werden, mehr als bescheiden. Hier wäre dringend mehr Engagement von Seiten der AU-Mitgliedstaaten erforderlich und wünschenswert!

Als Fazit dieser kleinen, kritischen Bestandsaufnahme der strategischen Afrika-EU-Partnerschaft und Herausforderungen für die Zukunft bleibt festzuhalten, dass beide Nachbarkontinente erst ganz am Anfang eines echten partnerschaftlich geführten politischen Dialogs stehen. Die Komplexität der Dialogthemen sowie die zum Teil stark divergierenden Interessenlagen auf beiden Seiten mahnen zur Bescheidenheit in Ansprüchen und Erwartungen an die Partnerschaft. Gleichwohl: der Dialog, den es bisher nur sehr eingeschränkt gibt, ist im Interesse beider Partner unverzichtbar und wird hoffentlich in Zukunft auch wirklich stattfinden! Der bevorstehende Gipfel könnte hierfür wichtige Weichen stellen und Impulse für die zukünftige Gestaltung der Partnerschaft geben.

\*\*\*

**Anmerkung:**

*Die Ausführungen in diesem Beitrag geben ausschließlich die persönliche Auffassung des Autors wieder.*

**Über den Autor dieses Beitrags**

---

Botschafter a.D. Dr. Claas D. Knoop war bis Ende Juni 2010 deutscher Botschafter in Addis Abeba (Äthiopien) und Dschibuti sowie ständiger Vertreter Deutschlands bei der Afrikanischen Union mit Beobachterstatus.

Dr. Knoop trat 1976 in den Auswärtigen Dienst ein und hatte Verwendungen in verschiedenen Funktionen in Wellington, Brüssel, Pretoria und Bangkok. Er war Leiter des Europapolitischen Grundsatzreferats, AA Berlin und Politischer Gesandter an der Ständigen Vertretung bei der EU, Brüssel.

Seit seiner Pensionierung hat Dr. Knoop Lehraufträge an der Universität Bremen und der Jacobs University Bremen zu europa- und afrikapolitischen Themen übernommen.

Seit November 2012 vertritt Dr. Knoop den deutschen Ko-Vorsitz in der JAES-Partnerschaft „Democratic Governance, Human Rights and Cultural Relations“.



*Dr. Claas D. Knoop*